



Inhalt

1.	Zypernfrage.....	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten.....	5
	Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen.....	5
	Außenpolitik	8
4.	Türkische Zyprioten	9
	Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen.....	9
5.	FES Zypern Veranstaltungen	11

1. Zypernfrage

Um den festgefahrenen Friedensprozess wieder zu beleben scheint die Europäische Kommission die Möglichkeit einer Rückgabe von Varosha, ein verlassener Vorort von Famagusta, an die rechtmäßigen Eigentümer in Betracht zu ziehen. Im Gegenzug könnten im Norden der Hafen von Famagusta wieder in Betrieb genommen und direkte Flüge von und nach Tymbou/Ercan eingeführt werden. In einigen Medien wurde darüber spekuliert, dass die Türkei eine Prüfung dieser Vorschläge durch die EU Kommission befürwortet.

Eine Öffnung des Flughafens und Varoshas wäre nicht nur eine der bedeutendsten Entwicklungen in der Zypernfrage seit 1974, sondern würde den EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auch neue Impulse geben. In der Vergangenheit hat Ankara deutlich gemacht, dass im Falle einer Öffnung des Hafens von Famagusta und der Möglichkeit direkter Flüge von und nach Tymbou/Ercan die Türkei ihre Häfen und Flughäfen für zypriotische Fluglinien und Schiffe öffnen werde. Dies wiederum würde zu der Öffnung von bis zu 14 bisher blockierten Kapiteln bei den EU Beitrittsverhandlungen mit der Türkei führen. Momentan werden sechs Kapitel von Zypern und acht von der EU blockiert auf Grund der Nichtumsetzung des Abkommens zur Zollunion mit der Republik Zypern als EU-Mitglied durch die Türkei.

Die Idee der Öffnung von Varosha als Gegenleistung zu der Öffnung des Hafens von Famagusta ist nicht neu. Dies wurde bereits 2006 während der finnischen Ratspräsident-

schaft von der finnischen Regierung vorgeschlagen. Der Vorschlag scheiterte, da die griechischen Zyprioten auf der Rückgabe von Varosha unter griechisch-zypriotische Verwaltung bestanden während die Türkei und die türkischen Zyprioten die Öffnung des Flughafens und des Hafens von Famagusta im Norden verlangten. Die griechischen Zyprioten hatten in der Vergangenheit die Öffnung der seit 1974 abgezaunten Geisterstadt Varosha als Gegenleistung für die Öffnung des Hafens von Famagusta unter UN Aufsicht vorgeschlagen. Die Öffnung des Flughafens Tymbou/Ercan wurde bis jetzt jedoch von den griechischen Zyprioten abgelehnt, da der Flughafen unter der Verwaltung der international nicht anerkannten türkisch-zypriotischen Behörden gewesen wäre. Außenminister Ioannis Kasoulides betonte daher, dass solch ein Schritt nur nach Klärung aller rechtlicher Fragen möglich sei. Der Minister soll diesen Punkt auch bei einem Treffen im Mai mit seinem amerikanischen Amtskollegen John Kerry angesprochen haben. Der amerikanische Botschafter in Zypern, John Koenig, glaubt ebenfalls, dass die Rückgabe von Varosha die Dynamik in der Zypernfrage positiv beeinflussen und eine gute Basis für eine neue Gesprächsinitiative sein könnte.

Andererseits verneint Dervis Erolugs Sprecher, Osman Ertug, die Gerüchte, dass die EU eine Initiative gestartet habe, wonach der Flughafen Tymbou im Tausch für Varosha geöffnet werden solle. Ertug unterstellt den griechischen Zyprioten, ein solches Gerücht gestreut zu haben, um von der Tatsache abzulenken, dass die Friedensgespräche noch nicht wiederaufgenommen worden seien. Sowohl griechisch-zypriotische

Vertreter wie auch der Präsident haben, anders als Kasoulides, öffentlich keinen Bezug zu diesem Thema genommen, womöglich aus Angst, dass negative Reaktionen von Seiten der Hardliner die Initiative im Keim ersticken könnten.

Derweil könnte die Legalisierung des Flughafens Tymbou/Ercan die Regierung Zyperns finanziell vor große Probleme stellen, da sie zu Kompensationszahlungen an die Betreiber der Flughäfen von Larnaca und Pafos verpflichtet ist, falls die Passagierzahlen in Tymbou/Ercan eine bestimmte Höhe überschreiten sollten. Türkisch-zypriotischen Quellen zufolge kamen 2013 im ersten Quartal 408.626 Passagiere im Norden an - verglichen mit 390.842 im gleichen Zeitraum 2012.

Zu Beginn des Monats wurde bekannt, dass der UN Sonderbeauftragte Alexander Downer die Leitung der australischen Botschaft in Washington übernehmen soll. Downer bekräftigte ebenfalls, dass seine Kandidatur für den Vorsitz der *South Australian Liberty Party* nicht im Konflikt mit seinen Pflichten als UN Sonderbeauftragter in Zypern stünden. Downer ist in letzter Zeit von der Mehrheit der griechisch-zypriotischen Politiker für seine Arbeit in Zypern kritisiert worden. Einige forderten sogar seinen Abzug. Zudem soll der Nationalrat im Juli den Verhandlungsführer bestimmen, der die griechischen Zyprioten bei den für diesen Herbst angesetzten Friedensgesprächen vertreten soll.

Das Komitee für Vermisste Personen (*Committee of Missing Persons – CMP*) konnte

im ersten Halbjahr 2013 die Überreste von 72 verschollenen Personen identifizieren. Dies deutet auf eine Rekordzahl seit der Gründung der Organisation im Jahr 2006 hin. Im Durchschnitt werden 56 Personen pro Jahr identifiziert. Der griechisch-zypriotische Repräsentant des CMP, Aristos Aristotelous, und sein türkisch-zypriotischer Kollege, Gulden Plumer Kucuk, richteten einen Apell an die Europäische Kommission und baten um eine Erhöhung der Fördermittel, damit die Organisation ihre Arbeit fortsetzen könne. Zudem appellierte der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres der EU (LIBE) an die Türkei, der CMP Zutritt zu den militärischen Sperrgebieten im Norden zu gewähren, damit das Schicksal der verschollenen Personen geklärt werden könne.

Das Europäische Parlament verlieh der bikommunalen Volkstanzgruppe *Dance for Peace* den Europäischen Bürgerpreis. Insgesamt standen 42 Kandidaten aus den verschiedenen EU Staaten zur Auswahl. Der Preis wird seit 2008 an Organisationen vergeben, die einen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis zwischen und zur Integration von verschiedenen Bevölkerungsgruppen beitragen oder die eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der EU fördern. *Dance for Peace* wurde von Andria Kyprianou und Mehmet Eminoglu 2001 ins Leben gerufen, um durch die Pflege zypriotischer Traditionen die Gemeinsamkeiten beider Bevölkerungsgruppen in Tanz und Musik hervorzuheben.

2. Gasvorkommen

Im Juni verstärkte Zypern seine Bemühungen bei der Erschließung seiner Gasvorkommen, da diese den einzigen Hoffnungsschimmer bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise darstellen und daher von höchster Priorität sind. Dabei stehen die griechischen Zyprioten vor der Herausforderung, Investoren für den Bau einer mehrere Milliarden teuren Gasverflüssigungsanlage (LNG Anlage) zu finden. Die Anlage ist der Eckpfeiler in der Energiepolitik Zyperns.

Am 26. Juni unterzeichneten die Republik Zypern, die amerikanische Firma *Noble Energy International* und die israelischen Unternehmen *Delek Drilling* und *Avner Oil Exploitation Limited Partnership* eine Absichtserklärung zum Bau einer LNG Anlage nahe Vasilikos. Die vorläufige Vereinbarung unterstreicht die ernsthafte Absicht der Regierung und der drei Unternehmen hinsichtlich des Baues einer LNG Anlage. Dies könnte im Dezember zu einer Projektvereinbarung führen mit dem Ziel, ein Joint Venture der beteiligten Partner zu gründen und Investoren zu finden, die sich an den Baukosten von ca. sieben bis acht Milliarden Euro beteiligen.¹ Eine endgültige Investitionsentscheidung soll 2015 oder Anfang 2016 fallen.

Die Absichtserklärung erfolgte ein Tag nachdem das französische Unternehmen *Total* eine Vereinbarung unterschrieben hatte, mit dem es

¹ Die Schätzungen für die Baukosten einer LNG Anlage liegen weit auseinander. Sollten die Kosten bei zwölf Milliarden Euro liegen, wäre der Bau unwirtschaftlich sollten nicht weitere Vorkommen gefunden werden.

sich an den Anlagen zum Export von zypriotischem Gas finanziell beteiligt. Das Abkommen geht wohl auf ein Treffen von Präsident Anastasiades mit dem CEO von *Total*, Christophe de Margerie, und dem französischen Präsidenten Francois Hollande anlässlich eines offiziellen Frankreichbesuchs Mitte Juni zurück. In dem Treffen bekundete das französische Unternehmen sein Interesse, in eine LNG Anlage zu investieren und die Bereitschaft, die Gas- und Erdölerschließungen in Zyperns Ausschließlicher Wirtschaftszone (AWZ) voranzutreiben. *Total* wurden Bohrlizenzen in den Blöcken 10 und 11 angeboten. Zudem scheint *Total* in eine Erweiterung der LNG Anlage („Train“) investieren zu wollen, deren Kosten bei ca. drei Milliarden Euro liegen. Die Anlage soll Teil einer größeren Anlage sein, die mehrere Trains verbindet. Die Gasreserven in Block 12 alleine werden als ausreichend eingestuft, um eine Anlage, die über einen Train verfügt mit einer Produktionsmenge von jährlich fünf Millionen Tonnen zu bauen. Die Baukosten dieser Anlagen belaufen sich auf ca. 6 Milliarden Euro.

Anfang Juni startete *Noble* die Testbohrungen in Block 12, um die Wirtschaftlichkeit des Projekts, die ab einer Produktion von mindestens sechs tcf gegeben ist, zu verifizieren. Die Bohrungen sollen mindestens drei Monate dauern. Aufgrund erster Bohrungen im Jahr 2011 wird davon ausgegangen, dass im Aphrodite Block ein Gasvorkommen im Umfang von fünf bis acht tcf vorhanden sind - mit einem Mittelwert von sieben tcf. Die Bohrung wird die Wirtschaftlichkeit der Reserven festlegen, was Zypern wiederum erlaubt, langfristige Lieferverträge als

Sicherheit für Darlehen zum Bau einer LNG Anlage im Wert von mehreren Milliarden zu geben. Der Leiter der *Cyprus National Hydrocarbons Company*, Charles Ellinas, vertritt die Ansicht, dass die vermuteten Gasreserven in diesem Block ausreichen, um eine LNG Anlage wirtschaftlich zu machen und wiederholte sein Angebot, israelisches und libanesisches Gas in der Anlage bei Vasilikos aufzubereiten.

Zwischenzeitlich stimmte das israelische Kabinett der Ausfuhr von 40% der eigenen Gasproduktion zu, die restlichen 60% sind für den heimischen Verbrauch vorgesehen. Bei einem Gesamtvolumen von ca. 900 bcm bedeutet dies, dass Israel 540 bcm für den eigenen Verbrauch und 360 bcm für den Export bestimmt hat. Auf diese Weise kann Israel, das sich von Sicherheitsbedenken leiten lässt, seine Exportrouten diversifizieren: neben einer Pipeline nach Jordanien, denkt Israel auch darüber nach, Gas via einer direkten Pipeline durch die Türkei zu exportieren und einen Teil möglicherweise in einer zypriotischen LNG Anlage zu verarbeiten. Im Juni fand als Teil einer geplanten Energiekooperation zwischen Israel und Zypern eine größere Militärübung der israelischen Luftwaffe im Gebiet der zypriotischen AWZ, inklusive Block 12, statt.

Das türkische Außenministerium kritisierte die Probebohrungen in Block 12 als ein Zeichen dafür, dass die griechischen Zyprioten nicht zu einer Zusammenarbeit mit den türkischen Zyprioten gewillt seien. Außerdem nahm das Ministerium Stellung zu einer im März gemachten Aussage, wonach eine Zweistaatenlösung möglich sei, falls die griechischen Zyprioten

nicht willens seien, mit den türkischen Zyprioten zusammenzuarbeiten. Nikosia wertet dies wiederum als einen Vorwand, um eine Zweistaatenlösung in Zypern voranzutreiben. Griechisch-zypriotische Medien berichteten, dass die seismologischen Untersuchungen in Block 12 der zypriotischen AWZ von türkischen Kriegsschiffen beobachtet worden seien, ohne jedoch die Arbeiten beeinflusst oder gestört zu haben.

Dem Energieminister George Lakkotrypis und dem Vorsitzenden der zypriotischen Energie-regulierungsbehörde, George Sammas, zufolge will die EU eine mögliche Gaspipeline (East Med Pipeline), die Zypern mit Kreta verbinden und dann von Griechenland nach Italien führen soll, in ihrer Liste zur Finanzierung strategischer Projekte aufnehmen.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen

Im Juni versuchte die Regierung, einige der Vorgaben des in dem zwischen Zypern und der Troika² vereinbarten Rettungsplans zu ändern. Begründet wird dies damit, dass der Plan teilweise schlecht durchdacht und vorbereitet worden sei. Als Teil des Rettungsplans musste die Laiki Bank abgewickelt werden, während Einlagen über 100.000 Euro bei der Bank of

² Die Troika besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB), der Europäischen Kommission und dem Internationalen Währungsfond (IWF).

Cyprus (BoC) eingezogen wurden, um einen Kredit in Höhe von 10 Milliarden Euro von der Troika zu bekommen.

In einem Brief an führende Politiker in Europa forderte Präsident Anastasiades die Troika auf, eine langfristige und nachhaltige Lösung für die Liquiditätsprobleme der BoC, die die Vermögenswerte der abgewickelten Laiki Bank übernommen hatte, zu finden. Unter den Bedingungen des Rettungsplans übernahm die BoC Schulden in Höhe von 9 Milliarden Euro von der Laiki Bank, die zuvor seit Mai 2012 die Liquiditätshilfe in Notfällen von der EZB in Anspruch genommen hatte. Anastasiades schlug vor, einen Teil der EZB Hilfe in langfristige Anleihen umzuwandeln und auf ein Sonderkonto zu überweisen. Zudem solle die BoC wieder ihren Status als vollwertiger Finanzpartner erhalten und die Kapitalverkehrskontrollen gelockert werden. Die Kapitalverkehrskontrollen wurden ursprünglich eingeführt, um einen Bank Run zu verhindern. Diese Forderungen spiegeln weit verbreitete Befürchtungen wieder, dass die BoC kollabieren könnte, wenn das Vertrauen in das Institut nicht wiederhergestellt werde. Die BoC ist das größte Geldinstitut auf Zypern.

Der Brief war Thema während des Eurogruppentreffens am 20. Juni. Die Kommentare im Vorfeld des Treffens ließen jedoch auf wenig Unterstützung von Seiten der EU schließen. Die Troika lehnte eine Änderung des Rettungspakets ab, während der Präsident der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem, darauf bestand, dass Zypern die Einführung der im Bailout enthaltenen Bedingungen nicht verschieben könne.

Während eines Treffens der EU Mitglieder am 27. und 28. Juni traf sich Präsident Anastasiades mit Kanzlerin Merkel und anderen europäischen Staatsführern, um seine Bedenken hinsichtlich der wirtschaftlichen Probleme Zyperns als Folge der Entscheidung der Eurogruppe im März zu äußern. Im Gegensatz zu Berichten in der ausländischen Presse beabsichtigte Anastasiades keine Neuverhandlung der Bedingungen, sondern eine Anpassung einiger der im Rettungsplan enthaltenen Maßnahmen.

Die Kritik der Regierung konzentrierte sich vor allem auf die Entscheidung der EZB, der Laiki Bank nach Mai 2012 weiter Liquiditätshilfen zukommen zu lassen, obwohl die Bank zahlungsunfähig war. Dies ist nach den Regeln der EZB nicht zulässig. Daher trage die EZB eine Mitverantwortung für den Bankrott der Laiki Bank und die aktuellen Probleme der BoC. Die Liquiditätshilfe für die Laiki Bank von ca. neun Milliarden Euro zusammen mit den zwei Milliarden Euro Liquiditätshilfe, die BoC erhielt, sind eine große finanzielle Bürde für die BoC. Die EZB verteidigte ihre Entscheidung damit, dass eine mögliche Rekapitalisierung der Laiki durch staatliche Hilfen bedeutet habe, dass die Bank seinerzeit durchaus überlebensfähig gewesen sei. Weiterhin machte die EZB deutlich, dass die Zuständigkeit für die Vergabe von Liquiditätshilfen bei der nationalen Regulierungsbehörde liege, in diesem Falle bei der Zentralbank Zyperns (CBC). Der Präsident der CBC, Panikos Demetriades, behauptete jedoch, dass die EZB die Liquiditätshilfen an die Laiki autorisiert habe, um ausländische Investoren zu schützen und um auf Zeit zu spielen, damit jene Investoren ihre Guthaben rechtzeitig vor der ‚Plünde-

rung' ihrer Bankkonten abziehen konnten. Einige Abgeordnete ziehen die Möglichkeit einer Klage gegen die EZB und ihren Präsidenten, Mario Draghi, in Betracht. Außerdem wurde die Entscheidung zum Verkauf der griechischen Filialen zypriotischer Banken als Teil des Rettungspakets kritisiert, da dies dem Staat einen Verlust von 3,4 Milliarden Euro zugefügt habe.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) überwies an Zypern eine Milliarde Euro als Teil der ersten, zwei Milliarden umfassenden Tranche des finanziellen Hilfsprogramms. Eine Milliarde Euro war bereits im Mai überwiesen worden.

Die seit März bestehenden Kapitalverkehrskontrollen wurden weiter gelockert, obwohl weitreichende Einschränkungen bestehen bleiben, um einen möglichen Bank Run auf die BoC zu vermeiden. So ist es nun möglich, ein Festgeldkonto vor dem Fälligkeitsdatum aufzulösen, um damit Immobilienkredite abzuführen. Zudem können türkische Zyprioten, die im Norden leben und im Süden arbeiten mehr als 300 Euro pro Tag überweisen, wenn das Geld aus einer Gehaltszahlung stammt.

Die BoC plant bis Ende Juli die Schließung von 30 Filialen und die Entlassung von Angestellten als Teil der Restrukturierungsmaßnahmen. Die Regierung kündigte auch die Schließung von drei halbstaatlichen Unternehmen innerhalb der nächsten zwei Jahre an: die Behörden für Wein- und Milchprodukte und Kartoffelvermarktung. Dies soll Ersparnisse von 3,5 Millionen Euro pro Jahr bringen.

Die Reformen bei der Definition von notleidenden Krediten wurden in einem Richtlinienentwurf der CBC vorgestellt, wobei die Rückzahlungsfähigkeit des Kreditnehmers und nicht der tatsächliche Wert der als Sicherheit dienenden Immobilie zu Grunde gelegt wird. Unter die neue Definition fallen alle Darlehen, die mehr als 90 Tage nicht bedient werden.

Der CBC zufolge ist das Volumen der Einzahlungen bei zypriotischen Banken im April um 9,96% oder 6,34 Milliarden Euro gefallen.

Die Ratingagentur Fitch hat Zypern weiter auf Ramschniveau herabgestuft und warnte, dass weitere Abwertungen folgen könnten, da es keineswegs sicher sei, dass das Rettungsprogramm von EU und IWF greifen werde. Standart & Poors Rating Services haben ebenfalls das lang- und kurzfristige Länderrating für Zypern auf ‚selective default‘ (SD) herabgestuft.

Eurostat zufolge ist Zypern unter jenen Ländern, die im ersten Quartal 2013 die größte Abnahme bei den Arbeitnehmerzahlen zu verzeichnen hatte. Die Zahl der Neueinstellung fiel um 1,3%. Weiterhin fiel das BIP um 1,3% im ersten Quartal im Vergleich zu 0,2% innerhalb der Eurozone und 0,1% in der Gesamt-EU. Die Arbeitslosenquote erreichte im Mai 16,3%. Dem Amt für Statistik zufolge lag die Zahl der Arbeitslosen in den ersten drei Monaten des Jahres bei 70.7000 oder 15,9%.

Kürzlich veröffentlichte Zahlen belegen einen Rückgang bei den Verbrauchsgüterpreisen im Mai. Insgesamt ist der Verbraucherpreisindex um 0,69% gesunken, wobei die Preise für Bekleidung und Schuhe um 4,38% und

Wohnkosten um 5,17% gefallen sind. Andererseits sind die Kosten für Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke um 0,58% sowie Transportkosten um 1,3% gestiegen.

Im Rahmen des EU Landwirtschaftsprogramms 2014–2020 wurden die Fördermittel für Zypern von ursprünglich 50% auf 70% erhöht, was 120 Millionen Euro entspricht.

Der zyprische Hotelverband geht davon aus, dass die Buchungen für die Monate Juli, August und September die Verluste der vergangenen zwei Monate ausgleichen werden. Dies liegt zum einen an speziellen Angeboten sowie an von 20% bis 25% geringeren Preisen. Es wird auch erwartet, dass mehr Arbeitslose eingestellt werden können. Gleichzeitig reisen die Zyprioten weniger ins Ausland und machen mehr Urlaub im eigenen Land. Durch die Verlängerung der Touristensaison und die Zunahme von Fluglinien, die mehr Ziele ansteuern, soll, so wird gehofft, die Zahl der Touristen in der kommenden Wintersaison um 70.000 steigen.

Um den Gebrauch erneuerbarer Energien in Zypern zu fördern, will die Regierung die Installation von 2.000 Photovoltaiksystemen in Privathaushalten mit geringem Einkommen fördern. Die Kosten des Programms werden sich auf ca. fünf Millionen Euro belaufen, die aus einem Sonderfond zur Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz stammen. Nach der Zustimmung im Parlament soll das Programm noch 2013 beginnen. Die Systeme sollen die Stromkosten bis zu 80% pro Haushalt reduzieren. Mittelfristig will die Regierung Netzeinspeisungen fördern. In

diesem Zusammenhang leitet die University of Cyprus ein von der EU mit 1,3 Millionen Euro gefördertes Forschungsprogramm. Gleichzeitig werden zehn neue Photovoltaikparks mit einer Kapazität von 1 MW installiert, deren Kosten sich auf 2,7 Millionen Euro belaufen. Momentan liegt die Kapazität bei insgesamt 25 MW und soll in den nächsten zwei Monaten auf 100 MW gesteigert werden.

Außenpolitik

Der zyprische Verteidigungsminister Fotis Fotiou gab bekannt, dass Zypern die Möglichkeit in Betracht ziehe, dem russischen Militär in ‚bestimmten Fällen‘ den Luftwaffenstützpunkt Andreas Papandreou und den Hafen von Limassol für russische Kriegsschiffe zur Verfügung zu stellen. Dies folgt einer Ankündigung des russischen Präsidenten Putin, dass die Präsenz russischer Kriegsschiffe im Mittelmeer vor dem Hintergrund der Syrienkrise wiederhergestellt werden solle. Wie die *Pravda* meldete, sollen insgesamt zehn Schiffe aus der Nord- und Ostsee- sowie der Schwarzmeerflotte auf rotierender Basis im Mittelmeer kreuzen. Fotiou weist jegliche Verbindung mit einem 2,5 Milliarden Euro schweren russischen Darlehen von sich. Der Minister betonte, dass es keine Pläne für eine permanente russische Militärbasis auf Zypern gebe.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche und innenpolitische Entwicklungen

Im June geschah sich in der türkisch-zyprischen Politik etwas nie zuvor Dagewesenes zu: der Sturz einer Regierung aufgrund eines Misstrauensvotums. Obwohl vorgezogene Wahlen für den 28. Juli angesetzt worden waren, hatte Premierminister Irsen Küçük die Hoffnung, während des Wahlkampfes an der Spitze der Übergangsregierung zu stehen. Am 5. Juni wurde jedoch ein offizielles Misstrauensvotum abgehalten. Während 21 Abgeordnete dagegen stimmten, unterstützten 28 den Antrag und einer enthielt sich seiner Stimme. Daher reichte Küçük am 6. Juni seinen Rücktritt bei Präsident Dervisch Eroglu ein.

Der Sturz der Regierung und das Misstrauensvotum waren der Höhepunkt eines langgezogenen internen Machtkampfes innerhalb der National Unity Party (UBP). Nach dem Austritt von acht abtrünnigen Abgeordneten aus der UBP im Mai wurden vorgezogene Neuwahlen unvermeidlich. Zudem hatten sich die acht Abgeordneten unter der Führung von Ahmet Kasif der Democrat Party (DP) von Serdar Denktasch angeschlossen und die Koalition der Democrat Party-National Forces (DP-UG) geformt. Zusammen mit der Republican Turkish Party-United Forces (CTP-BG) und der Communal Democracy Party (TDP) waren somit genügend Stimmen vorhanden, um die UBP Regierung unter Küçük zu stürzen.

Die Opposition beeilte sich mit der Aufstellung einer Übergangsregierung, indem sie sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Premierministers einigte. Nach Konsultationen mit allen Parteien beschloss Präsident Eroglu, dass Sibel Siber über genügend Unterstützung verfüge um eine Regierung zu bilden. Ihre Regierung wurde am 13. Juni ernannt. Siber ist somit die erste Frau im Amt des Premierministers in der Geschichte der TRNZ³.

Sibers Regierung wurde als technokratisch charakterisiert. Sie fälltte aber zunächst eine Reihe symbolischer Entscheidungen, um sich von der Vorgängerregierung unter Küçük abzusetzen. Der erste Schritt des Ministerrats war die Aberkennung des Titels eines Kulturattachés, der dem türkischen Schauspieler Necati Sasmaz von Küçüks Regierung verliehen worden war. Sasmaz ist bekannt für seine Rolle in der ebenso beliebten wie kontroversen Fernsehserie ‚Kurtlar Vadisi‘ (Das Tal der Wölfe), in der die Glorifizierung der Mafia und des Nationalismus mit Antisemitismus vermischt werden. Neben vielen anderen Entscheidungen

³ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Derviş Eroğlu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das Acquis communautaire ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).

widerrief die Regierung strittige Leasingverträge und Baugenehmigungen.

Im Juni rangen die parteiinternen Kandidaten für die Parlamentswahlen um die Positionen auf den Wahllisten. Sureyya Gurses, die zuvor die Frauenvereinigung der UBP leitete, lief zur DP-UG über. Am Monatsende waren die Kandidatenlisten der Parteien vollständig, so dass sie der Wahlkommission übergeben werden konnten.

In der Zwischenzeit wurden Anstrengungen innerhalb der UBP unternommen, um Präsident Dervisch Eroglu aus der Partei für seine angebliche Rolle bei dem Sturz der UBP Regierung und der Ernennung von Sibers Übergangsregierung auszuschließen. Während einer Sitzung im Parlament griff Küçük die Regierung an und behauptete, dass sie, vom Präsidenten unterstützt' werde.

Dramatischer waren Ejder Aslanbabas Bestechungsvorwürfe. Aslanbaba war einer der acht abtrünnigen UBP Abgeordneten und stimmte im Mai für das Misstrauensvotum. Er war jedoch von Serdar Denktasch zurückgewiesen und nicht auf die Kandidatenliste für die Wahlen am 28. Juli gesetzt worden. Aslanbaba ist nicht unumstritten und erklärte im Parlament, dass er etwa 6.000 Euro für seine Stimme im Misstrauensvotum erhalten habe. Außerdem sei auch diskutiert worden, wie in Zukunft Stromrechnungen im Wert von mehreren tausend Euro gestrichen werden könnten. Aslanbaba veröffentlichte einen Mitschnitt des Gesprächs, an dem Denktasch, Kasif und Eroglu beteiligt waren. Während die

Aufnahmen keine ausreichenden Beweise lieferten, so halfen die Anschuldigungen, die Glaubwürdigkeit der neuen Regierung zu untergraben und Fragen nach Küçüks Rolle zu stellen.

Zwischenzeitlich besteht durch die anstehenden Wahlen und einer möglicherweise neuen Regierung nach dem 28. Juli die Gefahr, dass einige Punkte des mit Ankara abgeschlossenen Sparprogramms neu verhandelt werden könnten. Am 24. Juni unterstrich der türkische Botschafter Halil Ibrahim Akca, wie wichtig es sei, das Sparprogramms einzuhalten. Gleichzeitig erlitt die Regierung einen Rückschlag, da sie nicht in der Lage war, die Gehälter der öffentlichen Angestellten zu bezahlen. Dies wiederum führt zu Spekulationen in Bezug auf die Beziehungen zwischen der Siber Regierung und der Türkei.

5. FES Zypern Veranstaltungen

07-14 Juli 2013

FES Cyprus / WINPEACE

Summer Youth Peace Camp

Türkei



Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak, Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Papparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Papparoditi fespaparoditi@gmail.com